

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 Mtl. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 2. Dezember 1931

Nummer 96

## Eine ungerechte und unvernünftige Entscheidung!

Das Zentralschlichtungsamt für das deutsche Buchdruckgewerbe hatte am 17. November die definitive Entscheidung über Bestand oder Erneuerung des von Unternehmerseite gefälligten und infolge dessen am 30. November ablaufenden Lohns bis zum 28. November verlagert. Diese Verschiebung der Entscheidung war bedingt durch die von den Vertretern der Arbeiterchaft festgestellte und auch von unparteiischen Beisitzenden der Schlichterkammer anerkannte Unklarheit bezüglich einer damals noch ausstehenden Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums in der Arbeitszeitfrage für das Vertriebs- und Buchdruckgewerbe. Es sollte daher bis zum Wiederzusammentritt des Zentralschlichtungsamtes am 28. November durch dessen Verhandlungsleiter die erforderliche Klarheit in dieser Frage herbeigeführt werden. Dies war inzwischen geschehen, und zwar mit dem Ergebnis, daß in Reichsarbeitsministerium in der Frage einer Arbeitszeitverkürzung für das Vertriebs- und Buchdruckgewerbe zunächst nicht mehr weiter verhandelt werden sollte.

Infolgedessen trat das Zentralschlichtungsamt am 28. November zur Beratung einer definitiven Entscheidung über die Anträge der beiderseitigen Tarifparteien zur Regelung des Lohnstreites zusammen. Der Antrag der Arbeiterorganisationen forderte die Verlängerung des bestehenden Lohns bis zum 30. September 1932. Die Unternehmerorganisation, der Deutsche Buchdrucker-Verein, forderte einen Wobau des tariflichen Spitzenlohnes von 55 auf 46 M., also um 16,36 Proz. Nach stundenlängigen Beratungen mit einer eingehenden Gegenüberstellung aller einschlägigen Gründe der beiderseitigen Organisationsvertreter fiel dann das Zentralschlichtungsamt in den Abendstunden des 28. November folgenden

### Schieds spruch

1. Der Spitzenlohn wird auf 52 M. festgesetzt. Die sich aus dieser Festsetzung des Spitzenlohnes für die einzelnen Lohn- und Ortsklassen ergebenden Unterschiedsbeträge kommen auch dann in Abzug, wenn ein über dem Tariflohn liegender Gesamtlohn vereinbart ist.

2. Dieser Lohnsatz gilt vom 1. Dezember 1931 bis zum 31. Januar 1932. Er kann zu diesem Termin erstmalig am 31. Dezember 1931 gekündigt werden. Wird an diesem Termin nicht gekündigt, so läuft er jeweils mit monatlicher Kündigungsfrist um je einen Monat weiter. Die Kündigung ist jeweils am Monatsende zum Schluß des folgenden Monats auszusprechen.

3. Erklärungsfrist für die Parteien Montag, 30. November 1931.

### Begründung

Es schien dem Zentralschlichtungsamt richtig, einen solchen Vorschlag zu machen, weil nach der heutigen Lage des Buchdruckgewerbes und nach der relativen Höhe der Löhne im Buchdruckgewerbe es nicht angängig erscheint, von einer Lohnsenkung in heutiger Zeit abzusehen, wie dies auch in anderen Berufen, denen es durchaus nicht anders geht wie im Buchdruckgewerbe, deren Löhne zum Teil niedriger liegen, im ganzen geschehen ist. Darum haben wir diese Lohnhöhe für richtig gehalten.

Da dieser Schiedspruch von Arbeiterseite so wenig wie alle ähnlichen Lohnaufbauschiedsprüche des staatlichen Schlichtungswesens in den letzten Jahren auch nur im geringsten als berechtigt und unbedingt notwendig anerkannt werden kann, haben ihn sämtliche Vertreter der Arbeiterorganisationen des deut-

schen Buchdruckgewerbes abgelehnt. Die Unternehmerorganisation, der Deutsche Buchdrucker-Verein, hat deshalb von vornherein beschleunigte Verbindlichkeitsklärung beantragt. Infolgedessen sind die dafür in Frage kommenden Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium durch einen Nachschub bei der mündlichen Verlinkung des Schiedspruchs durch den Schlichter Professor Brauns schon für den 1. Dezember als fällig erklärt worden. Über Verlauf und Ausgang dieser Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium können wir leider noch nicht berichten, da diese erst nach Abschluß der vorliegenden Nummer des „Korr.“ stattfinden werden. Es kann dazu zunächst nur soviel gesagt werden, daß die Organisationsvorstände der Buchdruckereiarbeiter alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte aufbieten werden, um das Reichsarbeitsministerium davon zu überzeugen, daß eine Verbindlichkeitsklärung dieses in der Hauptsache von politischen Gesichtspunkten determinierten Schiedspruchs eine Ungerechtheit darstellen würde, die niemals dazu beitragen kann, eine für beide Tarifparteien erträgliche Weiterentwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe zu gewährleisten.

Ob es gelingen wird, den Reichsarbeitsminister von der Verbindlichkeitsklärung einer solch zweifelhaften und ungerechten Entscheidung abzuhalten, und den beiderseitigen Tarifparteien im Buchdruckgewerbe den Weg zeit- und sachgemäßer Regelung der Lohnverhältnisse im Rahmen, eigener Verantwortung und Freiheit zu überlassen und sich nicht zum staatlichen Schlichtungsamt von einseitigen Unternehmern in der Sache mißbrauchen zu lassen, steht noch dahin. Es ist ja bereits öffentliches Geheimnis, daß die Regierung in einer in aller Kürze bevorstehenden Notverordnung über allgemeine Preis- und Lohnsenkungen einen tiefen Einschnitt in die tarifliche Lohngestaltung plant. Um so weniger erscheint es uns denkbar, daß jetzt noch durch eine Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen eine neue Lohnfestsetzung für einzelne Gewerbe durchgedrückt werden sollte.

Die deutschen Buchdruckereiarbeiter, deren berufliche Arbeit von den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zerlegungs- oder Gärungserscheinungen der Gegenwart besonders stürmisch umbrandet ist, die aber gerade deshalb noch in engster Berufs- und Organisationsverbundenheit zueinander stehen, bedauern eine solche Frontstellung der Reichsregierung ganz besonders. Sie erblicken in dem bisherigen Verhalten der Reichsregierung bzw. des Reichsarbeitsministeriums gegenüber dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft eine glatte Unterwerfung unter privatkapitalistische Interessen. Dies findet in der Anwendung der staatlichen Zwangsschlichtung gegenüber den lebensnotwendigsten Interessen der Arbeiterschaft ihren gefährlichsten Ausdruck. Durch eine solche falsche Anwendung der Staatsgewalt wird insbesondere die Macht einer staats- und volksfeindlichen Presse als Quelle interressierter Fälschung und Beeinflussung der sogenannten öffentlichen Meinung, wenn auch vielleicht ungewollt, geradezu begünstigt und eine gesunde, dem kulturellen Fortschritt dienende Entwicklung der Staatsgewalt nach innen und außen außerordentlich geschwächt. Die dem Staat aus solchen Verhältnissen erwachsenden sozialen und wirtschaftlichen Lasten sind dadurch immer größer statt kleiner geworden. Die Kaufkraft der Massen des Volkes wurde immer mehr geschwächt und damit die besten Aussichten einer Wiederbelebung der Wirtschaft in kurzfristiger Weise

gedrosselt. Mit dem Einsinken der Staatsgewalt in die Abwege des Lohnbaues in den letzten Jahren hat diese katastrophale Entwicklung für das deutsche Volk begonnen. Sie wurde neben den naturgemäßen Folgen der unvernünftigen Kriegslasten in unverantwortlicher und kurzfristiger Weise noch künstlich verschärft.

Trotz dieser unheilvollen Verkettung des ganzen Wirtschaftslebens sind wir der Meinung, daß es sich weniger um ein tragisches als natürliches Mosaik von wirtschaftspolitischen Ursachen und Wirkungen handelt, zu denen jeder einzelne Wirtschaftszweig in nationalem wie internationalem Ausmaß sein reibliches und mitverantwortliches Teil beigetragen hat. Und die heutige Situation im deutschen Buchdruckgewerbe ist nur eine Teilerscheinung in diesem gefährlichen Gang der Dinge. Aber sie ist typisch für die Gesamtheit aller Vorgänge und Entscheidungen auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Die wachsende Annäherung und Anerkenntlichkeit der sogenannten Wirtschaftsführer mit den aus wirtschaftlichem Hochverrat hervorgehenden Zusammenbrüchen in Industrie, Gewerbe und Finanzwelt sind unerbittliche Bestätigungen für die wirtschaftliche und grundsätzliche Haltlosigkeit einer solchen falschen Wirtschaftspolitik. Daß darunter auch das deutsche Buchdruck- und Zeitungsgewerbe zu leiden hat, ist nicht zu bestreiten. Aber es hat sich durch die Lohn- und preispolitische Haltung des größten Teiles seines Unternehmertums in den letzten Jahren daran mit schuldig gemacht. Trotzdem verfügt das deutsche Buchdruckgewerbe noch über eine innerorganisatorische Kraft, die wohl imstande wäre, aus eigener Kraft wieder aufwärts zu kommen, wenn es durch Verlagen staatspolitischer Protektion nur noch darauf angewiesen wäre, sich selbst einen Weg aus dem Holz zu bahnen!

Noch sind zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen nicht alle Möglichkeiten einer Umkehr auf dem bisherigen gefährlichen Weg erschöpft. Sollte der Reichsarbeitsminister noch in letzter Stunde erkannt haben, daß ihm hier im Rahmen des Buchdruckgewerbes eine vielleicht nie wiederkehrende Möglichkeit gegeben ist, die seiner persönlichen Verantwortung unterstellte Aufgabe eines gerechten Schutzes der menschlichen Arbeitskraft durch Verlagen der Verbindlichkeit dieses Schiedspruchs zu erfüllen und der freien Vereinbarung der Tarifparteien im Sinne einer Verlängerung des bestehenden Lohns die Wege offen zu halten, so würde dies von weittragender Bedeutung nicht nur für das deutsche Buchdruckgewerbe sein. Eine solche Entscheidung würde nicht nur der Organisation der deutschen Buchdruckereiarbeiter die erste Pflicht auferlegen, die Möglichkeiten eines Wiederaufstiegs des Gewerbes nicht auf Kosten der Arbeiterschaft, sondern auf andern längt noch nicht erschöpften Wegen zu versuchen. Nicht die krampfhafteste Erhaltung eines unverantwortlich aufgelassenen und nicht zuletzt deshalb zum großen Teil brachliegenden Produktionsapparates ist die Hauptsache, sondern die Erhaltung und wirtschaftliche Sicherung der menschlichen Arbeitskräfte. Diesem Ziel zu dienen ist nicht nur die ursprüngliche Aufgabe der Gewerkschaften, sondern in höherem Sinne auch Pflicht des Staates im Interesse seiner eignen Selbsterhaltung, zum Segen des Volksganzen und jedes einzelnen Staatsbürgers!

### Bundesauschussprüfung des ADGB.

Am 25. November trat der Bundesauschuss des ADGB im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Tagung zusammen, um zu der Erklärung des Reichsfinanzministers Stellung zu nehmen, in der er vom Standpunkt der Reichsregierung aus die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats zusammenfasste.

Leipart gab bei Eröffnung der Beratungen sofort Großmann das Wort, der zusammen mit Eggert den ADGB im Wirtschaftsbeirat vertreten hat. Da wir schon in voriger Nummer in dem Artikel „Gewerkschaften und Wirtschaftsbeirat“ den größten und wichtigsten Teil der in Frage kommenden Vorgänge nach einem ausführlichen schriftlichen Bericht des Kollegen Großmann beleuchtet haben, lassen wir nachstehend nur noch eine kurze Ergänzung des Berichts durch den neuen dritten Vorsitzenden des Bundesvorstandes, Eggert, und den Bericht über die Aussprache in der Bundesauschussprüfung folgen.

Eggert wies darauf hin, daß von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an die Grundfrage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat völlig verschoben wurde. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, daß man entweder bei der Festlegung der Löhne auf den Stand des Lohnes eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen oder die Parteien zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse, und wenn keine Verständigung erzielt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeiführen müsse. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, daß sie keine bindenden Abmachungen über die Lohnbedingungen treffen könnten, das sei Aufgabe der Verbände. Die Debatten im Wirtschaftsbeirat haben gezeigt, daß die Annahme der Vertreter des ADGB zur Abwehr der Unternehmerpläne unbedingt notwendig war.

In den Ausführungen, mit denen Leipart die Aussprache eröffnete, wies er darauf hin, daß der Bundesvorstand sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats entschlossen habe. Der Reichswirtschaftsrat sei übergangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuständig gewesen wäre. Die unparitätische Zusammenfassung des Wirtschaftsbeirats aber zeige schon die einseitige Einstellung der Reichsregierung.

Die Aussprache wurde eingeleitet durch einen kurzen Bericht eines Mitgliedes des Vorstandes des Fraktionsvorstandes mit Brünling. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Vertreter des Bundesvorstandes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten haben. Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat haben über Haltung und Absicht der Unternehmer nichts Neues gelehrt. Diese wollen zurück auf das Lohnniveau von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des Lohnes. Die Gewerkschaften haben sich aber nicht nur gegen die Haltung der Unternehmer zu wenden, sondern mit gleicher Schärfe gegen die Reichsregierung. Die Regierung hält sich nicht an die feierlichen Versicherungen, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben haben. Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegenstellen. In diesem Zusammenhang wurde von verschiedenen Verbandsvorstehern darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Tarifverträgen, die unter gewerkschaftlicher Führung in der letzten Zeit durchgeführt worden sind, deutlich zeigen, daß die Gewerkschaften keineswegs gesonnen sind, auch unter den gegenwärtigen Umständen auf das letzte Kampfmittel zu verzichten. Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats sind eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zu eigen gemacht. Eine Senkung der überhöhten Preise muß ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Das zur Erörterung stehende Problem muß im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Die wirtschaftspolitische These der Regierung lautet: „Ein armes Land muß billig sein.“ Diesen Weg, den Weg der Deflation, können die Gewerkschaften nicht mitgehen, denn er ist verhängnisvoll. Er bedeutet die Aufwertung aller Schuldverpflichtungen. Eine solche Erhöhung aller Lasten wird schließlich nur auf die Arbeiterklasse abgewälzt. Deflation bedeutet ferner, daß Deutschland dem Inflationsdünnpfand des Auslandes das Vordampfen entgegenstellt. Das aber heißt wieder, alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Das Ausland sperrt sich durch Zölle mehr und mehr ab. Dieses Moment muß bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Arbeiterbewegung beachtet werden.

Die Handhabung der Verbindlichkeitsklärung, die heute üblich ist, läuft glatt darauf hinaus, die Gewerkschaften in den Fällen zu binden, in denen sie stark genug wären, einen Angriff auf den Lohn abzuwehren. In allen anderen Fällen aber führt sie zur Preisgabe der Tarifverträge. Wegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verwaltungsverfahren geltende Tarifverträge einzugreifen, wendet sich der Bundesauschuss mit größter Entschiedenheit. Unter keinen Umständen darf sich die Regierung dazu hergeben, den Unternehmern zu einem Vorgehen gegen bestehende Verträge den Weg zu ebnen, wenn diese geltend machen, daß die „Veränderung der Geschäftsgrundlagen“ eine Änderung der Verträge bedingen.

Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der einmütigen Überzeugung sind, daß der von der Regierung in der Erklärung des Reichsfinanzministers vorgezeichnete Weg unter keinen Umständen beschritten werden darf. Er führt unvermeidlich zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und einer Zuspitzung der politischen Situation. Den Abschluß der Aussprache, die sich bis in die Abendstunden erstreckte, bildete die einstimmige Annahme einer Entschließung, die wir schon an der Spitze der vorigen Nummer als „Protest und Warnung der freien Gewerkschaften“ veröffentlicht haben.

Anschließend nahm der Bundesauschuss zu der geplanten Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit in den Bäckereien in folgender Entschließung Stellung:

Der Bundesauschuss des ADGB erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit in den Bäckereien.

Durch die Zulassung der Nachtarbeit in wenigen Großbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weist über-90-Proz.-der-Brotversorgung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und unwiderprochen nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zerrüttung eines hochwichtigen Arbeitszweiggebietes kann eine Preisermäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überspannten Zölle auf Brotgetreide.

Nachdem die Entschlüsse angenommen waren, entwickelte sich die Debatte über die zu erwartende Notverordnung zu einer Aussprache über die politischen Konsequenzen, die sich ergeben könnten, wenn die Regierung fortfährt, die Lasten aus der Krise einseitig und unbegrenzt der Arbeiterschaft aufzuerlegen. In einer Reihe von Reden kam zum Ausdruck, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern scheine, in dem die Haltung der Arbeiterbewegung nur noch bestimmt sein kann von dem Bestreben, das bisher unerwähnte Vertrauen ihrer Gesolgenschaft auch für fernere Zeiten sich zu erhalten.

Der Bundesauschuss wandte sich darauf dem zweiten Punkt seiner Tagesordnung zu. Den Bericht über die Lage der Sozialversicherung in der Krise erstattete Kollege Weller. Was hier vorgehe, sei nur eine Ergänzung zu den Folgen, die unter dem ersten Punkt der Beratungen erörtert worden seien: Auch hier Abbau sozialer Rechte, auch hier Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft über die Pläne der Reichsregierung in der Sozialversicherung bestche noch keine volle Klarheit. Eine Änderung in der Krankerversicherung und Angestelltenversicherung sei — nach den bisher vorliegenden Informationen — nicht zu erwarten. Dagegen plane man dem Anschein nach eine „Reinigung“ in den Leistungen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung. Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Bei der Unfallversicherung solle der Leistungsabbau anscheinend in der Befestigung der kleineren Renten bestehen. Die Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung seien äußerst schwierig. Bei normaler Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wäre 1935 eine Sanierung der Invalidenversicherung notwendig geworden. 1930 sei jedoch in der Beitragsentnahme ein Ausfall in Höhe eines Drittels der Rentenleistungen eingetreten. Dazu seien andere Einnahmeverluste gekommen. Dennoch bietet die Vermögenslage der Invalidenversicherung keinen Anlaß, eine Sanierung überflüssig vorzunehmen. In den Kreisen der Bürokratie sei jedoch das Bestreben vorhanden, die Sanierung jetzt auf dem Weg der Rentenkürzung durchzuführen. Die gegenwärtige Zeit erweise diesen Kreisen günstig für eine Verschlechterung der Leistungen. Die Gewerkschaften können dazu nicht stillschweigen. Sie müssen verlangen, daß die Sanierung auf dem Weg der Rentenkürzung in dieser schwierigen Zeit unterbleibe. Die Not der Armlen des Volkes dürste keine neue, durch nichts gerechtfertigte Verschärfung erfahren.

Eine zu diesem Punkt vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung wurde vom Bundesauschuss einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesauschuss weist erneut auf die schwierige Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils infolge der durch die Arbeitsmarktkrise verursachten Einnahmeverluste, teils durch den Ausfall der zugewiesenen Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der lex Brüning zugesagten Mittel, durch die Falschung der Reichszuschüsse, in der Zeit unverwertbarer Schatzanweisungen und durch selbsterzorene Kredite an Reich, Länder und Gemeindeverbände in ihrer Leistungsfähigkeit auf das schärfste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeiterschaft, wollte man diese Notlage, die die Versicherungsträger unverhuldet trifft, dazu ausnützen, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzubauen. Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren. Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindeverbände ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen.

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinheitlichung erachtet auch der Bundesauschuss für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Ge-

gebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesauschuss dringend davor, einen Leistungsabbau auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche, wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getroffene Maßnahme müßte dem einmütigen Widerstand der Gewerkschaften begegnen.

Kollege Leipart teilte dann noch mit, daß der Verband der Freizeiter mit dem Gesamtverband Verhandlungen über seinen Anschluß geführt hat. Die Verhandlungen sind so weit geblieben, daß ihr Ergebnis den Mitgliedern des Freizeiterverbandes in einer Urabstimmung vorgelegt werden kann. Zu Revisoren für die Bundeskasse wählte alsdann der Bundesauschuss die Kollegen Badert, Haß und Müntner.

### Konflikt in der Basler Genossenschaftsdruckerei

Nach Art der Konflikte im Betrieb der „Roten Fahne“ in Berlin und in verschiedenen andern kommunikativen Betrieben in Deutschland, wo himmelgroße Unterschiede bestehen zwischen den jeden Tag in Balkenüberschriften hinausposaunten kommunistischen Forderungen und den eignen Taten und Handlungen, ist es auch in der Genossenschaftsdruckerei in Basel zum offenen Konflikt gekommen.

Die Grundursache bildeten die in Nr. 93 des „Korr.“ im Auslandsenteil veröffentlichten kommunistischen Umrtriebe bei den Gewerkschaftswahlen in Basel und der daraufhin vom Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes verhängte Ausschließung dreier R.W.D.-Janitatier aus der Organisation. Zwei der Ausgeschlossenen arbeiten in der Genossenschaftsdruckerei in Basel, wo die „Helvetische Typographia“, das schweizerische Verbandsorgan, gedruckt wird, und deren Geschäftsführer hatte im Interesse des Be. iebes und in der richtigen Erkenntnis der kommenden Reibungen den beiden Verbandsführlingen die Kündigung angedeutet. Wegen des Ausschlusses der drei Mitglieder und wegen der Kündigungen legte im „Basler Vorwärts“, dem kommunistischen Organ, das ebenfalls in der Genossenschaftsdruckerei hergestellt wird, eine maßlose Hege gegen den Typographenbund und den Basler Sektionsvorstand ein, was zur Folge hatte, daß sich die verbannten Kollegen der Offizin reiflos auf die Seite der Organisation stellten und die Maßnahmen gegen sie weigerten, Schmäheartikel gegen den Schweizerischen Typographenbund zu setzen. Am gleichen Tag trat das Büro der Genossenschaftsdruckerei (Verwaltungsrat), in dem drei Kommunisten und ein Sozialdemokrat sitzen, zusammen, um zu dem Konflikt Stellung zu nehmen. Es beschloß mit drei gegen eine Stimme Rücknahme der vom Geschäftsführer ausgesprochenen Kündigungen. Eine Offizinsversammlung am folgenden Tag stimmte jedoch mit 28 Ja gegen vier Nein und zwei Enthaltungen einer Erklärung zu, in der die Zurücknahme der Kündigungen verurteilt und erklärt wurde, mit weiteren aus dem Verband ausgeschlossenen Berufsarbeitern nicht zusammen zu arbeiten. Der „Basler Vorwärts“ erschien in der Folge weiter mit „Fensur“-Rufen, da die Kollegen die Schmäheartikel nicht setzten. Nun wurde am 5. November dem genannten Blatt eine zweiseitige Beilage eingelegt, die alle die verweigerten Artikel und noch andre enthielt. Und zwar wurde diese Beilage, die auch an das Publikum verteilt wurde, in der Unionsdruckerei in Zürich von Verbandsmitgliedern hergestellt. Der Basler Sektionsvorstand hat dann ebenfalls in einem Flugblatt die Öffentlichkeit gründlich aufgeklärt. Aber nun sprang der Konflikt auch auf die Sektion Zürich über, weil dort in der Unionsdruckerei von Verbandsmitgliedern das kommunistische Flugblatt für Basel hergestellt worden war. In einer von 324 Kollegen besuchten Sektionsversammlung wurde zu der Angelegenheit Stellung bezogen und in einer Entschließung die getroffenen Maßnahmen des Zentralkomitees und des Züricher Sektionsvorstandes gebilligt (sowie den Kollegen in der Unionsdruckerei wegen ihres renitenten Verhaltens die schärfste Mißbilligung ausgesprochen). Für den Fall, daß sich diese Kollegen den Weisungen auch fernherhin nicht füllen wollten, hätten sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen selbst zu tragen.

Sehr bald trat in Basel der Konflikt in das entscheidende Stadium. Da die R.W.D.-Spalter in der Schweiz kein Flugblatt mehr hergestellt bekamen, wurde ein solches in Mannheim gedruckt und dann dem „Vorwärts“ beigelegt. Am 13. November legten daraufhin Verbandsleitung und Sektionsvorstand abweichende Schritte fest für den Fall, daß die beiden Ausgeschlossenen am Montag zur Arbeit erscheinen sollten. In einer abermaligen Offizinsversammlung wurde mit 29 Ja gegen 4 Nein stimmten beschlossen, die etwa noch notwendig werdenden Weisungen des Verbandes zu befolgen. Verbandssekretär Schlumpf (Bern) erklärte in seiner Ansprache, daß es im Interesse der Einheit des Verbandes und der gewerkschaftlichen Sauberkeit in diesem ausgeprägten Kampf kein Juridic gebe, koste es, was es wolle. Wer uns in diesem Konflikt in den Rücken fällt, möge wissen, daß er dann nicht mehr wert ist, Mitglied des Schweizerischen Typographenbundes zu sein.“ Die beiden Ausgeschlossenen erschienen aber am Montag nicht zur Arbeit, sie ließen sich von der Geschäftsführung einen mehrwöchigen Urlaub gewähren. Einer der Reinfänger meldete sich krank. Damit schien für einleitendes der Konflikt gelöst. Der „Basler Vorwärts“ schrieb indessen, daß der „Kampf gegen die Reformisten und ihre Handlanger im Typographenbund nicht beendet, sondern nur unterbrochen sei. Wir lassen uns unsere Maßnahmen und deren Zeitpunkt nicht vom Gegner diktieren.“ Ja-

wischen ist die Bombe zum Mahlen gekommen. Wie nämlich aus der neuesten Nummer der „Helvetischen Typographia“ (die bereits in einer andern Basler Druckerzeitung abgedruckt worden ist) hervorgeht, hat die Generalversammlung der Genossenschaftsdrucker mit allen kommunistischen Stimmen die sofortige Entlassung des bisherigen verbandstreuen Geschäftsführers Alfons Kull beschloffen. An seiner Stelle wurde der aus dem Typographenbund ausgeschlossene Jakob Weiner als Geschäftsführer eingesetzt, mit sofortiger Übernahme der Funktionen und Kompetenzen. Das verbandstreue Personal der Genossenschaftsdrucker erblickte in der Entlassung des Kollegen Kull eine politische Maßregel und eine neue unerhörte Provokation gegenüber dem Schweizerischen Typographenbund. Die Kollegen lehnten es ab, unter einem Jakob Weiner als Geschäftsführer zu arbeiten; sie lehnten es ferner ab, in einem von der kommunistischen Arbeiterbewegung besetzten Betrieb die Arbeit fortzusetzen und sie stehen deshalb seit Mittwochmorgen (25. November) im aktiven Kampf. Die Kommunisten suchen den Betrieb mit Streikbrechern aufrechtzuerhalten.

Die Genossenschaftsdrucker in Basel ist für sämtliche Verbandskollegen strengstens gesperrt; Streikbrecher werden wie Streikbrecher behandelt. Die Kollegen zählen auf die Solidarität der gesamten Kollegenchaft in dem ihnen aufgezwungenen Kampf.

Zusammenfassend bemerkte die Schriftleitung der „Helvetischen Typographia“ zu den Basler Vorgängen u. a.: „Trotz Zellenverbots, trotz klarer Beschlüsse können es kommunistisch orientierte Kollegen nicht unterlassen, gegen ihre Gewerkschaft zu arbeiten. Wenn sie sich dabei als Parteimitglieder aufspielen, so ist das die bewusste Mitgliedschaft bei einer gegnerischen Organisation, die den Zweck verfolgt, die legale Gewerkschaft zu unterminieren. So betrieblid es ist, Mitgliedschaft auszuüben zu müssen, so unmöglich ist es, die Sache weiterzutreiben zu lassen. Sowohl, es haben im Typographenbund alle Maß, gleichgültig, wie sie politisch eingestellt sind. Wenn aber eine politische Partei sich anmaßt, in die Gewerkschaften hineinzuregieren, so haben diejenigen, die derartigen Verboten folgen, die Konsequenzen zu tragen. Der Konflikt in der Genossenschaftsdrucker Basel hat durch das Bestreben der Kommunistischen Partei, die Ausschließlichen in Mannheim zu Streikbrechern auszubilden zu lassen, noch eine Verschärfung erfahren. Dadurch wurde die Lösung des Konflikts noch unmöglich. Inverantwortliche Elemente haben ein persönliches Interesse daran, daß ihr Prestige gewahrt wird. Für den Typographenbund ist es eine Gewissensfrage, die Dummheit werden jene sein, die glauben, gegen den Verband und ihre ureigensten Interessen arbeiten zu müssen.“

### Korrespondenzen

**Amberg.** Ihre alljährliche Bezirksversammlung fand am 11. Oktober in Weiden statt. In bester Stimmung trafen sich in früher Morgenstunden 23 Mitglieder des hiesigen Ortsvereins und zwei Lehrlinge. In Weiden angekommen, begrüßten uns die dortigen Kollegen aufs herzlichste und geleiteten uns in das Versammlungslokal. Nach einem kurzen Frühstück begann die Versammlung. Namens der Weidener Kollegenchaft hieß der dortige Vorsitzende M. i. n. g. m. e. i. e. r. alle Anwesenden herzlich willkommen und wünschte der Versammlung einen guten Verlauf. In seinen Ausführungen gab er bekannt, daß sich der Bezirksverein Martretzhay aufgelöst hat und Weiden somit allein dasteht. Da Amberg nun an Weiden näher liegt als Bayreuth, so wurde der Vorschlag gefaßt, den Ortsverein Weiden dem Bezirksverein Amberg anzuschließen. Hierauf gab Bezirksvorsitzender B. r. u. d. n. e. r. die reichhaltige Tagesordnung bekannt. Dann berichtete Kollege H. p. f. e. l. über die Tagung des Bildungsverbandes in Nürnberg und sprach den Wunsch aus, daß jeder Mitglied der Büchergilde Gutenberg werden möge. Das anschließende Hauptreferat erstattete Kollege B. r. u. d. n. e. r., der eingehend über die Ortsvorsitzendenkonferenz in München sprach. Hierzu ergrieff auch Kollege M. i. n. g. m. e. i. e. r. das Wort und richtete an die Anwesenden den Appell, in der heutigen schweren Zeit einmütig zum Verband zu stehen. Lebhafter Beifall lohnte den beiden Rednern. Kollege T. h. o. m. a. erstattete hierauf den Kassenbericht, der mit einem Bestand von 142 M. abschloß. Der Bezirksbeitrag wurde auf 10 Pf. pro Woche festgelegt. Zum nächsten Versammlungsort wurde Amberg bestimmt. Cham und Furth i. W. wurden für nächstes Jahr zurückgestellt. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden u. a. gewählt unser altbewährter Kollege B. r. u. d. n. e. r. als Bezirksvorsitzender und Kollege T. h. o. m. a. als Kassierer sowie Kollege G. b. n. e. t. als Lehrleiter. Kollege B. r. u. d. n. e. r. dankte nun den Weidener Kollegen für ihre Bemühungen, und mit der Hoffnung auf ein glückliches Wiedersehen im nächsten Jahr in Amberg schloß er die harmonisch verlaufene Bezirksversammlung. — Der Nachmittag wurde zu kleinen Spaziergängen benutzt, bis die Stunde des Abschieds näher kam. Vorher verammelten wir uns noch einmal im „Gasthof Anter“ zu einem Abschiedsessen. Mit einem kräftigen Händedruck schied man von den Weidener Kollegen, die uns so freundlich empfing hatten. Es sei ihnen auch an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen.

**Bremen.** Ihre Bezirksversammlung am 1. November wies guten Verlauf auf. Bezirksvorsitzender G. o. l. e. r. t. gedachte eingangs ehrend eines verstorbenen Kollegen. Unter „Reinigungsmitteln“ berichtete der Vorsitzende sodann über die Arbeitsmarktlage, die sich in den letzten Wochen wenig geändert habe. In kleinen und größeren Betrieben wurde mehrfach zur Kurzarbeit übergegangen. Die in der „Volkszeitung“ eingeführte Fünftagewoche löste eine längere Kritik aus, die die Licht- und Schattenseiten des Abkommens zwischen Personal und

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Moritz Kroder in Elttau  
Eingetretten: 4. Dezember 1881 — Jetzt Invalide

Geschäftsleitung eingehend beleuchtete. Weiter erörterte der Vorsitzende die Notverordnungen der Reichsregierung, deren eine besonders das Buchdruckgewerbe betreffe, und ermahnte die Kollegen in dieser mit politischer Hochspannung erfüllten Zeit zur Vorsicht. Die Kündigung des Lohnabkommens durch die Unternehmer müsse alle Kräfte für die schärfsten Maßnahmen gegen einen Lohnabbau anspannen. Hierauf wurde eine vom ADGB überandete Entschließung für die Abkündigung in allen Ländern und die Verwendung der Rüstungsummen für Kulturzwecke einstimmig angenommen. Mit dem 1. Oktober d. J. trat endlich die Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe im Gewerbetammsbezirk Bremen in Kraft. Kollege J. s. h. e. r. p. machte hierzu nähere Ausführungen, die von der Versammlung aufmerksamer aufgenommen wurden. Sodann gab Kollege B. d. e. n. f. ö. g. e. r. einen ausführlichen Bericht über Zweck und Ziel der Bundeschule in Bernau, dabei den Wunsch äußerte, daß es dem ADGB-Vorstand gelingen möge, recht vielen Gewerkschaftsmitgliedern Gelegenheit zu geben, von der Einrichtung der Schule zum Nutzen der Gewerkschaftsbewegung Gebrauch zu machen. Zum Tagesordnungspunkt „Verband und Krise“, damit in Verbindung die Winterhilfe für die Erwerbslosen streifend, wies Kollege G. o. l. e. r. t. auf die Finanzlage der Verbandsstufe hin, die den Verbandsvorstand zu besonderen Maßnahmen in der Unterstützungsangelegenheit veranlaßte. Die soliden Grundpfeiler unseres Unterstützungsweises müßten erhalten bleiben. Um auch den arbeitslosen Kollegen an Orte eine besondere Zuwendung zu Weihnachten übermitteln zu können, appellierte der Bezirksvorstand an das solidarische Empfinden der noch in Arbeit stehenden Kollegen und ersuchte, auf den Einzelnigungsverträgen, die sofort zur Ausgabe gelangen sollen, das zu zeichnen, was jeder noch zu geben in der Lage ist. Hierzu sollen dann noch Gelber der Bezirksstufe kommen, um eine gute Unterstützung der Arbeitslosen gewähren zu können. Von einigen Kollegen wurde auch die Gehaltsfrage unserer Angeestellten angeschnitten und dazu verschiedene Anfragen gestellt. Sei es für uns selbstverständlich, unsere Angeestellten zu bezahlen, so dürfte aber die Spanne zwischen allgemeinem Tarif und Angestelltenentlohnung keine zu große sein. Unter „Verhiebeneim“ fanden dann noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung.

**Breslau.** Mit Beginn des Monats November konnte unser Ortsverein auf sein 30 jähriges Bestehen zurückblicken. Obwohl die Schwere der Zeit eine großzügigere Feier unterlagte, wollte man den Gedanktag nicht lang und klanglos vorbeiziehen lassen. Unser Vorsitzender B. r. a. u. n. d. sprach zu einem Familienabend ein, und zahlreich wurde der Einladung Folge geleistet. Seinen Begrüßungsworten ließ Kollege Braun einen kurzen Überblick über die 30 Jahre kollegialen Zusammenhalts, Schaffens und Kämpfens folgen. Bezirksverwalter M. i. e. r. (Karlsruhe) überbrachte Grüße und Glückwünsche des Bezirks. Die anwesenden arbeitslosen Kollegen und deren Frauen waren an diesem Abend Gäste des Ortsvereins. Ein hervorragend konzertierendes Orchester, die Sängereinheit des Ortsvereins und Kollege L. o. r. e. n. z. (Karlsruhe) sorgten für flotte und gelegene Unterhaltung. War die Feier auch bescheiden, so fand sie doch werten Anhang und wird sicher dazu beitragen, den neu einströmenden Sorgen des Alltags mit gestärktem Bewußtsein entgegenzutreten; denn der Zusammenhalt unserer Kollegen hat durch diese Feier neue Anregung bekommen.

**Düsseldorf.** Aber „Gewerkschaften und Klassenkampf“ referierte Kollege L. u. b. i. n. f. i. von der hiesigen Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angeestellten in unserer W. e. s. j. a. m. l. u. n. g. am 11. November. Eigentlich, so meinte der Referent eingangs, sei es ein Räuseln, in Gewerkschaftsversammlungen über den Klassenkampf zu predigen, entweder die Gewerkschaften als Instrumente des Klassenkampfes führen ihn und dann brauche man nicht darüber zu sprechen. Aber aber sie führen ihn nicht und verlegen dadurch die vitalsten Aufgaben der Gewerkschaften. Gegen den Willen der damaligen politischen Arbeiterparteien (Wasseler und Eisenacher) seien im Jahre 1888 die Gewerkschaften gegründet. Nach Marx zur „Abwehr der Übergriffe des Kapitals“. Im übrigen orientierten sie sich in damaliger Zeit nicht an der Marx'schen Theorie, sondern an Vassallos „Ehernen Lohngebot“, des Streiks ablehnte, weil sie nicht die Lage der Arbeiterchaft verbessern könnten. Stattdessen forderte Kämpfe das allgemeine Wahlrecht,

um den Staat politisch zu erobern, und die Bildung von Produktivgenossenschaften mit staatlicher Hilfe. Trotz Sozialisteneleg waren die Gewerkschaften nicht tot, trotzdem illegale Vereinigungen und Streiks. In diesem und dem nachfolgenden Jahrzehnt waren die Gewerkschaften anzupreisen als Instrumente des Klassenkampfes im Sinne Marx'scher Prägnanz. Eine sichtbare Wendung trat ein im Jahre 1905 auf dem Gewerkschaftskongress in Köln. Dort wurde die Frage des politischen Kampfes entschieden im Sinne derjenigen, die dem Generalkomitee als Generalunfuhlenz bezeichneten. Vom damaligen Willen bis zur heutigen aktuellen Politik führe eine Linie. Politische Tolerierung und gewerkschaftliche Kapitulation seien vom Abse, denn sie leiten Wasser auf die Mühlen der Faschisten. Brünig sei Schrittmacher der faschistischen Diktatur, die Voraussetzung dazu sei die Tolerierungspolitik. Der Faschismus bedeute das Ende der revolutionären Bewegung. Nicht Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sollten die Gewerkschaften sein, sondern Totengräber des Kapitalismus und Totengräber des Faschismus. Starke Beifall bezeugte das Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen des Referenten. An der Diskussion beteiligten sich etwa ein Dutzend Kollegen. Immer wieder wurde betont, daß es bei der Kündigung unfres Lohnabkommens nicht nur um die Lohnhöhe gehe, sondern um den Bestand des Verbandes. Daß auch der Kampf aufzunehmen sei gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch, um die Gewerkschaften herauszuführen aus der Vertrauenskrise. Schärfter Kampf gegen die Kapitalsoffenheit sei zu fordern. Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution: „Die Düsseldorf'sche Buchdrucker fordern: 1. Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen Kampf gegen jeden Lohnabbau. Einzuführen ist die Vierzigstundenswoche mit vollem Lohnausgleich; bei eventueller Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches, der diese Forderung nicht erfüllt, ist sofort der Kampf aufzunehmen. 2. Ablehnung der Petition zum Rüstungsfeierjahr, da hiermit der Imperialismus nicht bekämpft werden kann. 3. Sofortige Zurückziehung unserer Vertreter aus dem Wirtschaftsbeirat, der einen weiteren Schritt zum Faschismus darstellt. Wir fordern die Bestimmung auf die eigene Kraft, denn die Befreiung der Arbeiterchaft kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“ Zu der Petition betreffend Rüstungsfeierjahr wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir leidenschaftliche Kriegsgegner sind, daß aber der Weltkrieg kein Instrument des Völkerr Friedens sei (gegenwärtig beweist der Krieg in der Wandschüre das Gegenteil). Der Kriegswille des Kapitalismus sei nur zu brechen durch gewaltigste Massenaktionen der Arbeiterchaft. Es wurden dann noch 1000 M. aus der Bezirkskasse bewilligt, die an Erwerbslose und Invaliden zusätzlich der vom G. a. v. vorgesehenen Extrazustellung zu Weihnachten erteilt werden sollen. Außerdem sollen zu diesem Zweck noch Sammelheften in den Betrieben zirkulieren. So großzügig wie im Vorjahr können wir die diesjährige Weihnachtsunterstützung leider nicht vornehmen, weil unsern Kollegen das Geld dazu fehlt.

**Essen.** Ihre gut besuchte Bezirksversammlung am 8. November nahm als Hauptpunkt den Geschäfts- und Kassenbericht über das verlossene Vierteljahr entgegen. Im Laufe der Versammlung fand eine Handunterzeichnung durch den Gewerbe-Medizinprofessor Dr. Niedermann statt zwecks Feststellung, inwieweit Schenkerentragungen durch Berufsvereine bei uns zu verzeichnen sind. Bei fünf von 68 Kollegen über 40 Jahren, die für die Unterzeichnung in Frage kamen, wurden leichtere Erkrankungen festgestellt. Nach Bekanntgabe geschäftlicher Mitteilungen nahm Kollege B. h. i. n. g. zu längeren Ausführungen das Wort. Seit der letzten Versammlung ist eine Verschärfung der Krise zu verzeichnen. Die finanzpolitische Depression der Reichs- und Staatsfinanzen bricht stark auf die arbeitenden Schichten unfres Volkes. Das Unternehmertum hält seine Zeit für gekommen, die Wirtschaft von den sogenannten Tariffesseln zu befreien. In mehr oder weniger verkämmerter Weise spricht man zunächst von Tarifauflockerung, ist sich aber einig im Endziel der Beseitigung des Tarifrechts. Der Druck auf die Löhne dauert an. Die Schiedsprüfung im Bergbau wie auch bei den Gemeindearbeitern zeigen an, wie die Entwicklung läuft. Daß bei dieser „Sanierung“ auch das Buchdruckerunternehmertum nicht fehlen darf, beweist die erfolgte Kündigung des Lohnabkommens. Gemessen an dem Reichsdurchschnitt von 31 Proz. Arbeitslosen steht der Bezirk mit 25,7 Arbeitslosen = 25 Proz. noch verhältnismäßig günstig da. 361 Kollegen = 50 Proz. des Bezirks verriethen Kurzarbeit, wodurch ein Lohnausfall von rund 3970 M. pro Woche für die davon Betroffenen zu verzeichnen ist. Underschieds darf hervorgehoben werden, daß durch gute gewerkschaftliche Schulung die Solidarität nicht ausgetrieben ist. Durch Einführung der Kurzarbeit ist vielen Kollegen der Arbeitsplatz erhalten worden. Leider haben in einem Falle — und zwar die Kollegen der Firma Vertenbug —, vor die Wahl gestellt, Kurzarbeit oder Entlassung, durch Ablehnung der Kurzarbeit wenig Gemeinschaftsinn bewiesen. Das Ergebnis der letzten Lohnstatistik hat für Essen trotz des Druckes auf den Leistungslohn kein ungünstiges Bild ergeben. Ist auch die Lage im Bezirk nicht rosig, so steht er im Lohn nicht an letzter Stelle. Dieses wirkt sich auch in der Ablieferung der Extrabeiträge aus; Essen steht nach Bericht des Hauptreferenten mit an erster Stelle. Bedauerlich ist das Restanantenwesen, und es müssen Maßnahmen getroffen werden, diesem Zustand wirksam zu begegnen. Eine starke Belastung für die Bezirksstufe sind die Durchgehenden, und die Gänge für diese müßten entsprechend herabgesetzt werden. Der Mitgliedsbeitrag hat sich auf der alten Höhe gehalten. Seit einigen Jahren hat der Bezirk Essen keine der Abwanderung von Druckereibetrieben von Essen nach Düsseldorf festzustellen. Die hiesige Parteidrucker der nationalsozialistischen Zeitung krankt seit ihrer Gründung bedenklich an Geldmangel. Die Lohnzahlungen erfolgen stets in knapp bemessenen Dosen und in ziemlichen Abständen, so daß man nie genau weiß, wo der alte Lohn aufhört und der neue Lohn anfängt. Die Zeiten sind ernst, unser dringendste Sorge sind die Arbeitslosen. Als Ausdruck dessen, daß wir die Verbindung mit unsern arbeitslosen Kollegen aufrechterhalten wollen, gewährt der Ortsverein Essen den aus der Kostensunterstützung erscheidenden Kollegen unter 100 Beiträgern 2,50 M. pro Woche für vorläufig sechs Wochen und den-

jenigen mit über 100 Beiträgen für 15 Wochen den gleichen Betrag. Zum Schluß seiner Ausführungen unterbreitete der Vorsitzende eine Entschliessung zur Lohnstarifkündigung, die sich gegen die Kündigung wendet, auf die für die Arbeitslosen gebrauchten Opfer hinweist, jeglichen Lohnabbau ohne Arbeitszeiterleichterung ablehnt und den früheren Lohn fordert. Nach einstimmig erfolgter Genehmigung des Kassenerichts erfolgte eine ausgiebige Ansprache, in welcher der Bericht je nach der Einstellung der Debattierender entsprechende Beleuchtung fand. Die Kollegen der Opposition verurteilten, teilweise unter Heranziehung politischer Momente, einen Gegensatz im Verhalten der Gewerkschaften und der SPD, zu den Belangen der Arbeitererschaft zu konstruieren und die Schuld an den augenblicklichen Verhältnissen diesen Organen zu unterstellen. Im Gegensatz zu diesen Ausführungen legten die andern Debattierenden das Schwergewicht auf die mehr denn je notwendige Geschlossenheit in den Gewerkschaften. Sie sind das Bollwerk, an dem der Ansturm der Reaktion scheitern muß und wird. Kleinliche Nörgeleien in den Betrieben an Verbandsmaßnahmen lassen vielfach den Geist der Solidarität vermissen. Einigkeit in den Betrieben imponiert den Gegnern mehr als revolutionäre Tiraden. Zielbewußtes Eindringen der Gewerkschaften in die Wirtschaft ist die wirksamste Waffe. Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen erwartet die Kollegenschaft, daß die Organisation sich keinem Schiedspruch beugt, der nicht Verfürzung der Arbeitszeit vorseht. In seinem Schlüsselwort nahm Kollege Böhning zu den einzelnen Ausführungen Stellung und unterstrich mit Genugtuung die zutage getretene Betonung der gewerkschaftlichen Einigkeit. Die Entwicklung gelte, daß die Gewerkschaften der ruhende Pol sind. Mit einstimmiger Annahme der vorerwähnten Entschliessung zu den Lohnverhandlungen fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Frankfurt a. M. (Handseher.)** Zeiten schlechter Wirtschaftslage zwingen zu Einschränkungen auch im gewerkschaftlichen Leben. Auch die Sparten sind zu Sparmaßnahmen gezwungen. Deshalb hatte auch von einer Veranstaltung für den ganzen Gau Abstand genommen werden müssen, und statt dessen wurde im engeren Kreis der Orte Frankfurt, Hanau und Offenbach am 25. Oktober in Offenbach a. M. ein Bezirks-Handseher-Treffen veranstaltet. Die Kollegen hatten sich mit ihren Frauen und Kindern äußerst zahlreich eingefunden, und es gab selber eine qualvoll-fürchterliche Enge. Der Gesangsverein „Gutenberg“ Frankfurt a. M. eröffnete die Veranstaltung mit dem „Motto“ und dem alten Kampflied „Lob Folsom“. Nach Begrüßungsworten durch Kollegen Hügel (Offenbach) sprach Kollege Martin (Frankfurt) über das Thema: „Wir wollen die Sparte!“ Der Sprecher gab zunächst einen Überblick über die Vorgänge, die schließlich auf dem Frankfurter Verbandstag zur Anerkennung der Handseherpartei führten. Trotz der bei dieser Gelegenheit sehr eingehenden Ansprache über die Sparten überhaupt, habe bedauerlicherweise eine ganze Anzahl Kollegen sich in „Korr.“-Artikeln als Spartengegner bekannt und einen sehr regen Meinungs-austausch herbeigeführt. Eine Zusammenfassung der Sparte im Bildungsverband kam nicht in Frage kommen, denn die Spartenarbeit fängt erst da an, wo die Arbeit des Bildungsverbandes aufhört. Die Handseherpartei will auch keine besondere Lohnpolitik treiben, aber sie will doch dem entgegenwirken, daß einzelne Berufsgruppen ihre Löhne auf Kosten der Gesamtart höherstrauen. Wir wollen eine Besserung des gesamten Lohnniveaus. Unsere Spartenaktivität soll auch nicht dahin führen, daß das Interesse am Verband verlorengeht. Statt Eigenbrötelei zu treiben, wollen wir unsere gesamte Arbeit im Dienste des Verbandes tun. Als zweiter Referent sprach Kollege Gehrmann (Frankfurt) zu dem Thema: „Die Krise und wir“. 20 Millionen Menschen sind arbeitslos, mit ihren Angehörigen können sie ein riesiges Volk bilden. Kein Mensch auf der Erde wird von den Auswirkungen der Krise verschont. Deshalb müssen wir wissen, wie diese Krise entstand. 70 Milliarden Mark sind in der deutschen Industrie angelegt, nur etwa 30 Proz. dieses ungeheuren Kapitals ausarbeiten. Dieses Geld ist durch die ungerechte Entlohnung der gelamten arbeitenden Klasse auf großen Haufen angeammelt worden. Setzt man das Einkommen aus Lohn und Gehalt gleich 100 im Jahre 1925, so ist dieses Einkommen bis zum Jahre 1929 nur um 18 Proz. gestiegen. In der gleichen Zeit stieg aber das Einkommen aus Miete und Zinsen um 40 Proz. und das aus Zinsen und Dividenden gar um 121 Proz. Dieses ungeheure Anrecht ließ auf der einen Seite eine immer größere Armut und auf der andern Seite tropfenden Reichtum entstehen. Die Industrieunternehmen wuchsen ins Ungemessene, modernste Maschinen sorgten für die Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft und gleichzeitig sorgte ein ausgefeiltes Kartellsystem dafür, daß die billig und in Massen erzeugte Ware nicht billig auf den Markt kam. Die Warenlager füllten sich, die Erzeugung mußte gedrosselt werden. Dazu kam noch, daß eine ganze Reihe von Rohprodukten (Kohle, Petroleum) durch bessere Verarbeitung und Ausnutzung ihrer Kräfte in kleineren Mengen zur Herstellung größerer Ebelproduktmengen ausreichte. Auch die Landwirtschaft ist von der Krise erfaßt. Durch Einführung moderner Maschinen ist auch hier der Mensch nahezu ausgeschaltet worden. Die Unternehmer behaupten, daß die hohen Löhne und Soziallasten die Kapitalabflüsse verhindern und daß nur Abbau der Löhne, Steuern und Soziallasten der Wirtschaft wieder auf die Beine helfen können. Es heißt, die Zusammenhänge der Krise beachten und die geante Front aller Schaffenden herzustellen. Nur dann wird es uns gelingen, das kapitalistische Zeitalter abzulösen durch eine planmäßige Gemeinwirtschaft. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der erste Teil der Veranstaltung. — Nach der Pause kam die Fideletät zu ihrem Recht. Ami Hannoverwald vom „Neuen Theater“ in Frankfurt sauberte nachhelfen hervor. Musik, gemeinsamer Gesang und Tanz halfen dazu, daß die Stunden in Offenbach nur zu schnell verflögen.

**M. Freiburg i. Br.** Am 22. November tagte hier eine Bezirksvorsteherkonferenz, um das Ergebnis der Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Die Konferenz fand im Zeichen tiefer Trauer. Kollege Hajenray hielt als Vertreter des allzu früh verstorbenen Gau-

vorstehers Karl Sandfort eine Traueransprache mit Würdigung des stets pflichtbewußten und treuen Vorstehers der Sache des Verbandes. Gleichzeitig gedachte er auch ehrend des ebenfalls mitauser der Arbeit gerissenen Hauptvorwalters Robert Glaser. Die Anwesenden nahmen die Totenernung stehend entgegen. Kollege Wilhelm Maier (Karlsruhe), der an Stelle des Kollegen Sandfort an den Lohnverhandlungen teilnahm, erstattete darüber Bericht. Er schilderte in eindringlicher Weise den Gang der ganzen Verhandlungen. Daß diese ohne Ergebnis verliefen, lag nicht an unsern Vertretern. Die Forderung auf Verlängerung des jetzigen Lohnstarifs bis 1. Oktober 1932 fand dem Antrag der Unternehmer, der auf Senkung des Spitzenlohns um 9 M. lautete, so schroff gegenüber, daß eine friedliche Einigung nicht zu erwarten war. Die Ansprache verlief launlich und man gab dem Wunsch Ausbruch, daß die Schlichter ihre Entscheidung zu treffen mögen, daß sie nicht nur die Forderung auf Verlängerung des Lohnstarifs anerkennen, sondern darüber hinaus im Interesse des Volksganges für die Einführung der Bierzigstundenswoche im Berufsfähigungsgewerbe eintreten, um das Heer der Arbeitslosen zu verkleinern. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die auf Sonntag, den 22. November, ins Gewerkschaftshaus nach Freiburg i. Br. einberufene Bezirksvorsteherkonferenz nahm einen ausführlichen Bericht des Bezirksvorstehers Wilhelm Maier (Karlsruhe) über die Lohnverhandlungen entgegen. Die Konferenz war sich darüber klar, daß unsere Prinzipale die heute für sie günstige Konjunktur zur Senkung der Löhne der Buchdruckergehilfen ausnützen. Aber diese Forderungen, die sie bei diesen Lohnverhandlungen erhoben haben, bedeuten die Konferenz als geradezu unerhört und lehnt diese wie überhaupt jeden Lohnabbau ab, da dies die Kaufkraft der Massen schwächt und die Arbeitslosigkeit weiter steigern muß. Unsere vornehmste Aufgabe muß heute sein die Einführung der Bierzigstundenswoche im Berufsfähigungsgewerbe mit Einstellungsstopp, um unsere Arbeitslosen wieder in Arbeit und Verdienst zu bringen. Wir hoffen, daß die Reichsregierung mit dieser Forderung endlich ernst macht; mit Berpfeudungen sind wir lange genug abgepeißt worden. Das gleiche gilt auch vom Preisabbau. Hier soll die Regierung endlich beweisen, daß sie der Forderung der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen gewillt ist.“ Auf die Bestrebungen des Bildungsverbandes eingehend, wurde festgestellt, daß dessen Führer mehr ihre eignen Verengnisse in den Vordergrund stellten und der Allgemeinheit zum Trotz immer wieder die durch Abstimmung abgelehnte Kleinigkeit, die nicht im Interesse unseres Gewerbes liege, in den „Typographischen Mitteilungen“ propagieren. Diese Annäherung ist provozierend und man müsse sich solches Vorgehen verbitten. Der Verbandsvorsitz solle sich der Sache annehmen und energisch einschreiten. Durch das Ableben des Kollegen Sandfort war es notwendig, in der Führung der Gauverhältnisse eine vorläufige Regelung zu treffen. Einstimmig wurde gutgeheißen, daß Kollege Hajenray als Vertreter des Gauwes fungiert und die Gattin des jetzigen Bezirksfahnerer von Freiburg, Kollegen Otto Müller, zur Verwaltung übergeben wird, der selber bereits etwa drei Jahre die Gattin verwaltete. Weiter wurde beschlossen, einen besoldeten Gauverwalter auf dem im Frühjahr einzuberufenden Gaukongress zu wählen; vorher soll jedoch wiederum eine Bezirksvorsteherkonferenz stattfinden. Bei der Ansprache über die Lage im Gau mußte leider festgestellt werden, daß die Zahl der Arbeitslosen immer noch steigt, ebenso die Zahl der Kurzarbeiter. Der Abbau der Leistungslagen trat fast überall in Erscheinung. Ein Vorschlag, den Arbeitslosen zu Weihnachten ein Gaugeschenk zu überreichen, wurde gutgeheißen und beschlossen, daß alle Kollegen, die am 12. Dezember arbeitslos gemeldet sind, ein Gaugeschenk von 5 M. erhalten, so daß ein Gesamtbetrag von etwa 2500 M. benötigt wird. Kollege Hajenray sagte in seinem Schlüsselwort den Verlauf der Konferenz zusammen und dankte den Anwesenden für ihre Unterstützung und das Vertrauen, das sie ihm Gesamtauorkand entgegenbrachten. Nach jedsehnstündiger Dauer fand die Konferenz ihren Abschluß.

**Gera.** Die Herbstbezirksversammlung fand am 1. November in Weida statt. Als Vertreter des Gauverbandes nahm Kollege Martin teil, ebenso ein Vertreter des Ortsausschusses Weida. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden Kante und den Weidaer Ortsvorsitzenden Strobel, wählte letzterer noch die Kollegen nach Schluß der Versammlung zur Teilnahme am 30. Stiftungsfest des Ortsvereins Weida einlad, übermittelte Kollege Martin die Grüße des Gauverbandes. Eine Aufnahme wurde zurückgestellt. Unter „Mitteilungen“ brachte der Bezirksvorsitzende eine ganze Reihe von Vorkommnissen in den letzten Monaten zur Kenntnis, so eine Eingabe an die Handwerkskammer Gera um Einführung der Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe (die wiederum von der Kammer aus fadenförmigsten Gründen abgelehnt wurde und für die Geraer Kammer wirklich kein Ruhmesblatt bedeutet), eine Eingabe an die größte Geraer Geschäftshäuser um Unterbindung des Inzeratennatenaustausches (die nur teilweisen Erfolg hatte), den Versuch mancher Firmen zwecks Abbaues der übermümmelbezahlung und Einführung von Kurzarbeit, trotz Vorlesens von Druckaufträgen in großer Zahl usw. Zu diesen kam noch die mehrmalige Vertretung von Einsprachen vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes Gera wegen Verhängung von Sperren bei Arbeitslosen und Verlangen der Kurzarbeiterunterstützung. Nach Begründung durch den Vorsitzenden wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, die sich mit der internationalen Abrüstungsfrage befaßt. Weiter berichtete Kollege Kante von der Bezirksvorsitzenden- und -kassiererkonferenz in Weimar, die sich in der Hauptsache mit der vom Verbandsvorsitzenden und den Gauvorsitzenden beschlossenen Herabsetzung der Unterstützungen befaßte. Wohl sei die Wirtschaftskrise die Ursache für dieser unerfreulichen Maßnahme gewesen; aber der größte Teil der konferenzteilnehmer habe die Ansicht vertreten, daß eine etwas höhere Beitragsgeldung durch die Kollarbeitenden die Herabsetzung der Unterstützungen, wenn auch schließlich nicht ganz, so doch zu einem großen Teil hätte verhüten können. Die Ansprache über den Bericht, in die auch Kollege Martin eingriff, bewies das Einverständnis mit der

Ansicht des Berichterstatters. Im Anschluß hieran erfolgte noch eine Ansprache über die Kündigung des bis Ende November laufenden Lohnstarifs durch die Prinzipale, die wiederum einen Abbau durchsetzen wollten. Die Abredung von den letzten Quartalen lag den Mitgliedern gedruckt vor und wurde durch Ausführungen des Kassierers Max Roth noch ergänzt, der sein erfreuliches Bild hinsichtlich Beitragsleistungen und Kassenverhältnissen bieten konnte. Sind doch bei rund 300 Mitgliedern 59 Seher, 19 Drucker, 5 Schweregehenden arbeitslos, zusammen 83; außerdem 28 Invaliden. Dabei wächst die Zahl der Arbeitslosen durch Zurückkehren der Reisenden täglich. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zwei Anträge (alle Teilnehmer an der Versammlung erhalten das Jahrgeld, die arbeitslosen und invaliden Mitglieder außerdem eine Mart Jahrgeld — alle arbeitslosen und invaliden Bezirksmitglieder erhalten in der Weihnachtswoche eine Unterstützung aus der Beitragskasse, deren Höhe der Bezirksvorstand festlegt) wurden durch den Vorsitzenden begründet und nach kurzer Ansprache einstimmig angenommen. Ein Antrag der Kassenprüfer, die bislang von der Vorstandsentfäddigung getragenen Entschäddigungen für die Geraer Druckereifasser, die Orte Weida, Münschenborf und Zeulenroda ab drittes Quartal 1931 auf die Beitragskasse zu übernehmen, wurde vom Kollegen Eumann begründet und nach kurzer Ansprache gegen drei Stimmen angenommen. Es folgten dann die Situationsberichte der einzelnen Bezirksorte, die hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage wenig Erfreuliches boten. Unter „Berichtedemem“ wurden noch eine Reihe interner Angelegenheiten beraten. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Bezirksversammlung wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden dem Vorstand überlassen. Nach einem Mißbiß auf die erledigten Tagesordnungspunkte und auf die gegenwärtige schwierige Situation, wie sie durch die Kündigung des Lohnabkommens geschaffen worden ist, erwähnte der Vorsitzende die Mitglieder zu urchfütterlichem Zusammenhalten auch innerhalb der Betriebe.

**Gera. (Handseher.)** Unsere Versammlung am 23. Oktober hätte besser besucht sein können. Vorsitzender Kante gab eine Reihe von Kundschreiben bekannt. Hinsichtlich des Besuchs der Wanderversammlung in Jena und des Ausflugs in Gemeinshaft mit den Mitgliedern der Druckereipartei bemängelte er die schwache Beteiligung durch unsere Mitglieder und wünschte für die Zukunft Besserung. Kollege Paul Geiß hielt dann ein Referat über die Anlage A unres Tarifs, dabei hervorzuheben, daß, wenn auch das Berechnen auf Grund des Tarifs nicht mehr vorzuziehend sei, doch die Kollegen mehr als bisher sich mit den tariflichen Berechnungsarten vertraut machen müßten, um etwa vorkommenden Vorwürfen seitens der Geschäftsleitungen über angebliche ungenügende Leistungen mit Beweisen entgegenzutreten zu können. Er behandelte dann an Hand des Tarifs die einzelnen Paragraphen. Da der andern Tagesordnungspunkte halber dieses Thema dann abgebrochen wurde, erhielt der Vorstand den Auftrag, mit dem Vorstand des Bildungsverbandes am Ort zu verhandeln, um eine Arbeitsgemeinschaft über das vorstehende Thema anzufreben. Die Abrechnungen des Kassierers, Kollegen Zippel, ergaben, hervorgerufen durch die große und anhaltende Arbeitslosigkeit unter den Spartenmitgliedern (ein Drittel der Mitglieder sind schon lange arbeitslos und beitragsfrei), kein erfreuliches Bild. Eine Beitragserhöhung könne jetzt nicht angeht werden; der Vorstand solle sich mit der Gauverreinigung in Verbindung setzen, ob die Vereingung für die Arbeitslosen vom Gaubetrag befreit werden könnte.

**Göttingen. (Mafchinenseher.)** Einen technischen Vormittag veranstaltete unsere Vereingung am 1. November unter Zuhilfenahme eines Lichtbildervortrags der Wegentahler Sehmachfabrik. Eingangs begrüßte Kollege Döhre die Erschienenen. Insbesondere die Vertreter der Fabrik, die Kollegen Barfisch (Hannover) und Nykiel (Berlin) als Referenten. Kollege Nykiel verstand es, durch sein gutes Referat alle Anwesenden zu fesseln und schilberte den ganzen Werdegang des „eisernen Kollegen“ von seiner Wiege bis zum modernen System. Er gab vor allem einen guten Überblick über die verschiedenen Neuerungen, die in letzter Zeit herausgegeben sind. Reichler Beifall wurde dem Vortragenden am Schluß seines Referats zuteil. Einige Dankesworte des Vorsitzenden beschlossen den technischen Vormittag.

**Tr. Köln. (Maschinenseher.)** Unser drittes dies-jährigen Gauverreinigungsversammlungs am 1. November in Bodum ging die Aufführung des „Inter-type-Kohrs“ und „Werkliffs“ voraus. Trotz der nicht gerade günstigen Vorführungsverhältnisse fand der Film, der den Kollegen ein bis ins kleinste gehobenes Bild von der Inter-type gab, großen Anklang. Gegen 12 Uhr konnte dann Vorsitzender Straßmann die Versammlung eröffnen und die Erschienenen mit herzlichen Worten begrüßen. Ebenso taten dies die Kollegen Benner vom Bezirk Bodum und Kager vom Bezirksverein der Maschinenseher. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurden 18 Kollegen neu hzw. wiederaufgenommen. Der Kassenbericht vom zweiten Vierteljahr lag gedruckt vor; er wies einen Kassenbestand von 1201 M. auf. Die Abrechnung vom dritten Vierteljahr gab der Kassierer, Kollege Martiny, mitteilend. Aber „Die allgmeine Lage“ sprach dann der Vorsitzende. Seine Ausführungen riefen eine lebhafteste Ansprache hervor, als deren Extrakt eine Entschliessung einstimmig angenommen wurde, in der gegen weitere Lohnabbauverläufe entfallende Stellung genommen wurde. Beschlusgemäß findet die Jahreshauptversammlung im Februar 1932 in Düsseldorf statt.

**Langensalza. (Drucker.)** Am 8. November hielt der Kreis Erfurt der Drucker hier eine Vorstandskonferenz ab, die eingeleitet wurde durch einen Lichtbildervortrag des Kreisvorsitzenden Fmieg (Erfurt) über das Berliner Ulstein-Druckhaus. Der Vortrag, der von den Vorkänden der arbeitslosen Vereine, dem Druckereiverein Langensalza, dem Vorstand des Ortsvereins, der Bildungsverbandsvorsitzgruppe und der Lehrlingsabteilung besucht war, vermittelte uns ein anschauliches Bild von dem hochentwickelten Stand des Druckwerkes in dem bekannten Großbetrieb. Nach einer Mittagspause fanden die Beratungen im Gewerkschaftshaus „Felsenkeller“ statt. Außer dem gesamten Kreisvorstand waren die ange-

schlossenen Vereine Eisenach, Gotha, Mühlhausen, Ilmenau, Weimar und Langensalza durch ihre Vorstände vertreten. Kollege J m i g berichtete über die Lage unserer Sparte im Kreis, worauf anschließend die Vorstände ein Bild ihrer Ortsgruppen gaben. Obwohl aus allen Orten über große Arbeitslosigkeit geklagt wurde, konnte doch überall die Tätigkeit der Sparte als zufriedenstellend bezeichnet werden. Von Gotha, wo sich Aufbühnungstendenzen bemerkbar gemacht hatten, konnte berichtet werden, daß die große Wehrkraft der Kollegen derartige Bestrebungen mit erstrebiger Deutlichkeit abgelehnt hat. Ein Antrag des Kreisvorsitzenden, den Kreis in Bezirke aufzuteilen, fand keine Gegenliebe, da bei der Kleinheit unseres Kreises die Bezirksversammlungen keinesfalls die Anziehungskraft auf die Kollegen ausüben würden wie die bisherigen Kreisversammlungen. Infolge der durch die geringen Beitragseinnahmen bedingten schlechten Finanzlage der Kreisversammlung wurde dem Kreisvorsitzenden für die nächste Kreisversammlung Orts- und Zeitbestimmung überlassen. Um auch den arbeitslosen Kollegen den Besuch zu ermöglichen, erhalfen diese außer dem Fahrgeld noch 1,50 M. für Mittagessen. Nachdem noch die Ortsvorsitzenden ihre Referentenwünsche für das Winterprogramm geklärt hatten, wies Kollege S c h m i d t (Erfurt) in eindringlichen und beherzigten Worten auf die Gefahren hin, die nicht nur dem Tarifwesen und der Sozialpolitik, sondern auch allen andern, in jahrgeltdelanger mühsamer Arbeit aufgebauten Einrichtungen der Arbeiterschaft drohen, wenn es dem Faschismus gelingen sollte, an die Macht zu kommen. Er erwartet von allen Organisationen der Arbeiterschaft mehr aktiven Abwehrwillen und ersuchte die Vorstände, in diesem Sinne auf die Mitglieder einzuwirken. Mit Worten des Dankes und der Bitte an die Vorstände, auch weiterhin für die Sache des Verbandes und der Sparte einzutreten, schloß der Vorsitzende am späten Nachmittag die äußerst anregend verlaufene Konferenz.

g z. Schleswig. Eins der größten Hemmnisse für eine gedeihliche und erfpriechliche Entwicklung innerhalb einer Gemeinschaft ist Laueheit, Faulheit und Trägheit. Nur durch dauerndes und aktives Teilhaben, durch innere Teilnahme und Verbundenheit erhält ein Verein das rechte pulsernde Leben. Von diesem Gedankengang aus hatte sich der Vorstand leiten lassen, als er jetzt, zu Beginn der Winterarbeit, eine Aktion zur Hebung des Versammlungslbens und -besuchs sowie seines Niveaus einleitete, sich mit einem gedruckten, ausführlichen Rundschreiben und einer beigefügten Versammlungsbestandsliste an jeden einzelnen Kollegen wandte, um ihn an seine gewerkschaftlichen und kollegialen Pflichten zu mahnen. Man mag über einen solchen Schritt geteilter Meinung sein; fest steht aber das eine: es muß etwas geschehen. Mag ein Durchschnittsbesuch von 35 bis 45 Proz. immerhin noch gar nicht so schlecht sein, ein gewisser Prozentsatz der Kollegen gehört aber nun einmal leider zu den Unentwerteten in wenig erfreulichen und gewiß nicht anerkennenswerten Sinn. Hier gilt es, den Fehlbild immer wieder anzusehen, auch durch die Kollegen selbst, um einen Keil in Gleichgültigkeit und Trägheit zu treiben, um Boden und festen Fuß auch dort zu fassen, wenn auch nur langsam und erst nach zähen und hartem Ringen. Immerhin hatte unsere V e r t a m l u n g am 31. Oktober, der man mit etwas gespanntem Erwarten entgegen sah, wenn auch nicht gleich einen bedeutenden und großen, so doch immerhin schon einen kleinen und merkwürdigen Erfolg zu verzeichnen, der sich hoffentlich noch mehr in aufsteigender Kurve entwickeln und bemerkbar machen wird. Bericht über die Konferenz des Verbandsvorstandes mit den Gauvorstehern in Berlin, was das Hauptthema. Als Referent war Gauvorsteher P r i t t e r (Kiel) erschienen, der sich sehr eingehend über das Thema verbreitete, u. a. auch über den Abbau der Verbandsunterstützungen. Zu dem Punkt Lohntariffbindung entwarf derselbe Referent ein Bild von der gegenwärtigen Lage, unter besonderer Berücksichtigung des Gaus Schleswig-Holstein; in mangelhafter Hinsicht kam auch hier wenig Erfreuliches an den Tag. Mit der Lohntariffbindung und ihren Schatzmachereigenschaften habe die Prinzipalität wahrhaftig wenig soziales Gegenwartsverständnis und abermals ihr wahres Gesicht gezeigt. Einstimmige Annahme fand eine Entschließung betreffend die Abrüstungskonferenz 1932 in Genf. Eine Weihnachtsgeldhilfe für unsere Arbeitslosen und Invaliden und Kollegenwitwen soll auch in diesem Jahr gewährt werden. Die Sammlung zur Aufrüstung der Mittel soll wegen der großen Not und der hohen Zahl der zu Unterstützenden schon frühzeitig und mehrmals erfolgen; ein dahingehender Vorschlag wurde ohne Widerspruch von der Versammlung angenommen. Helft der Not der Gegenwart steuern! Trage jeder dazu bei, zu Weihnachten, dem Fest des Freundemachens und der Nächstenliebe, etwas Licht in diese dunkle Zeit zu bringen. Auch auf die Schleswiger Nothilfe wurde durch den Kartellbericht hingewiesen; der Beihilfsleiter machte noch besonders die arbeitslosen Kollegen aufmerksam auf die vom Ortsausfluß für Jugendpflege unterstützte Jugend-Erwerbslosen-Selbsthilfe (Vesetzimmer, Unterhaltungsabende usw.), ebenso auf einen Lichtbildvortrag in der Beihilfsabteilung. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte, Kaszenbericht, einigen kleineren örtlichen Angelegenheiten unter „Verschiedenem“ usw. erreichte die interessante Versammlung erst nach 12 Uhr ihr Ende.

Stuttgart. Am 26. November verschied im hiesigen Ludwigsplatz der Druckerinvalid W i l h e l m S i e b u r g an Altersschwäche. Mit dem Verstorbenen ist ein allgemein bekannter Kollege dahingegangen, der eigentlich bis vor wenigen Wochen trotz der Jahre noch geistig regsam und beweglich war. Es war bis in die letzte Zeit eine Freude, wenn er als Betreuer der Invaliden diesen gefällig sein konnte. Das ganze Sinnen und Trachten des Verstorbenen galt der Organisation, der er 62 Jahre angehörte, die ihm durch lange Zeit Herzenssache war. In Kollegen- und besonders Invalidentreffen war er bei letzteren nach dem monatlichen „Achtstag“, dem sich gewöhnlich ein Stelldichein bei einem Glas Wein anschloß, ein guter Gesellschafter. In seinem Element war er aber dann, wenn es alte Erinnerungen aufzurufen gab, wobei ihm ein geradezu selbsthätiges Gedächtnis unterstützte. Am 28. November, einem richtigen Herbstnachmittag, fand im hiesigen Krematorium die Einäscherung in aller Stille statt. Wilhelm Sieburg wurde

1849 in Braunshweig geboren und trat 1869 direkt nach dem Auslernen dem Verband bei. Nicht lange hielt es den jungen Drucker in der Lehrdruckerzeit; nach kurzer Zeit arbeitete er in verschiedenen auswärtsigen Konditionen. Dann ging es auf die Waage, wobei die Schweiz das Ziel bildete. Diese Partie wurde in Zürich durch Stellung unterbrochen, bis er schließlich 1879 in Stuttgart landete. Nochnals ging es nach Wiesbaden und Hannover, bis dann im Jahr 1881 Stuttgart zur zweiten Heimat wurde. Mit Sieburg ist ein Buchdrucker der alten Jungfrü dahingegangen. Überall, wo die Kollegenhaft tief, erfüllt er seine Pflicht. So war er Gauvorsteher von Württemberg, Beisitzer im Hauptvorstand des ehemaligen Unterstufungswereins Deutscher Buchdrucker (bis 1888 Sitz Stuttgart), gehörte ebenfalls dem Vorstand der früheren Zentralinvalidenliste an (Sitz Stuttgart), war 1891 Generalsekretär der delegierten (Berlin) und funktionierte auch in wichtigen Neorganisationsgeneralsammlungen der Z.F.R. in Stuttgart 1892 sowie Weimar 1893 als Vorstandsreferent, außerdem jährte Sieburg verschiedene Jahre zu den Beisitzern im Gauvorstand. Nach dem Neunkundenkampf wurde er in seine alte Stellung nicht mehr zugelassen. Einige Zeit führte er ein außerberufliches Geschäft, späterhin fand er Anstellung bei der hiesigen Orts-Intendantenliste, deren Oberkontrollleur er zuletzt wurde. Als Steigfähiger war er in solche Augenblicke gerungen, sich 1919 als Zwangsdiener, Agitatordirig wirkte Sieburg an den verschiedensten Orten, und Schreiber dieses schloß sich ebenfalls nach einer Veranlassung in Pforzheim, in welcher Sieburg das Referat hielt, dem Verband an. Schlicht und einfach, wie es einem Sohn des Volkes geziemt, war auch die Beisetzung. Durch einen letzten Blumenquast wurde dem wackeren Streiter das letzte kollegiale Zeichen der Verköstigung dargebracht. Und als hätte die Worte des Krematoriums wieder öffnete, nahmen wir stillen Abschied von einem alten, treuen Kameraden, einem überzeugten Verbandsmitglied, einem guten Menschen. Tiede seiner Waise!

### Allgemeine Rundschau

Anton Wieser †. Am 27. November verschied in Wien nach kurzem Krankenlager plötzlich und unerwartet der Schriftleiter unseres österreichischen Bruderorgans „Vorwärts“, Kollege Anton Wieser, im 59. Lebensjahr. Der Verstorbene fand viele Jahre mit an erster Stelle in der Organisation der österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter bedeutet das Hinscheiden des Kollegen Wieser einen schweren Verlust, an dem auch die reichsdeutsche Kollegenchaft schmerzlichen Anteil nimmt.

Wieseler Arbeiten im Buchgewerbe als des Verbands. Während des Monats Dezember werden im Buchgewerbe unseres Verbandsgebietes zu Berlin Arbeiten der Kunstgewerbeschule Wieseler ausgeführt. Neben vielen typographischen Drucksachen wird die Photographie in den verschiedensten Anordnungen vertreten sein. Das gezeichnete Plakat wird mit dem Photoplatat die Möglichkeiten graphischer Gestaltung zeigen. Aufsaararbeiten und Skizzen geben über den Vorgang des Entwurfens Aufschluß. Naturzeichnungen, Schrift, Illustrationen, Buchverläufe und Bindungen werden ebenfalls mit ausgeführt sein. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Eröffnung der Ausstellung am Sonntag, dem 6. Dezember, vormittags 11 Uhr, erfolgt. Außerdem ist der Buchgewerbeausstellung Sonntag, dem 20. Dezember, von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, sowie wochentags von 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit bei freiem Eintritt geöffnet.

Trotz alledem — ein Aufstieg der Büchergilde Gutenberg! In dieser Zeit, in der besonders die kulturellen Organisationen und Unternehmungen schwer zu leiden haben, ist es der Büchergilde Gutenberg gelungen, ihren Mitgliederbestand zu verbessern. Die Büchergilde, die sich der Förderung aller freien Gewerkschaften erfreut und die bestrebt ist, diese Förderung auch weiterhin zu verdienen, konnte nicht nur die Lücken ausfüllen, die in den vergangenen Monaten gerissen wurden, sie konnte ihre Mitgliederzahl auf nahezu 79 000 steigern. Dieser Erfolg ist natürlich nicht nur ein Ergebnis eifriger Propaganda, er ist vielmehr begründet in der Güte des literarischen Programms der Büchergilde, in der vorzüglichen Ausstattung der Gibdenblätter und in den günstigen Bezugsbedingungen, die es auch dem wirtschaftlich Schwachen ermöglichen, inhaltlich wertvolle und schon ausgestattete Bücher zu erwerben. Die Büchergilde Gutenberg hat vor etwa vierzehn Tagen angekündigt, daß sie ihren Mitgliedern zu Weihnachten 1931 den Roman „Arsula“ von Ernst Prezgang, das neue Werk dieses allgemein beliebten Arbeiterdichters, zum Vorzugspreis von 1,75 M. (gültig bis 1. Januar 1932) anbietet. Bereits jetzt sind mehr als 30 000 Bestellungen auf dieses Buch eingegangen, und mindestens die gleiche Anzahl ist noch bis zum Jahresende zu erwarten. Schon dieses ein Beispiel beweist, wie groß das Vertrauen der Gibdenmitglieder zu ihrer Organisation ist und wie leistungsfähig sich die Büchergilde Gutenberg erhalten hat. Sie wird auch den Schwierigkeiten der kommenden Zeit begegnen und ihren Aufstieg fortsetzen, ein wichtiges Glied in der gelamten deutschen Arbeiterbewegung.

Deutschland als Land der meisten Zeitungen. Mit 3363 Zeitungen marschiert Deutschland unter fünfzehn Staaten der Welt weitaus an der Spitze. Die in Frankreich erscheinenden politischen Blätter, für die es an einer zuverlässigen Statistik fehlt, werden auf nur 1500 geschätzt, während für Großbritannien und Irland, das Gebiet der stärksten Zeitungskonzentration, gar nur die Zahl von 255 Tageszeitungen genannt wird. Nach dem vor kurzem bei Karl Dunder in Berlin vom Deutschen Institut für Zeitungswunde herausgegebenen „Handbuch der Weltpresse“ dürfte sogar diese Zahl noch reichlich hochgegriffen sein, da sich bei seinen eignen Erhebungen in London nur

23 als Tageszeitungen zu bezeichnende Blätter und im übrigen Anzeigreich 116 ergaben. Das Bild ändert sich allerdings, wenn man die Zahl der Zeitungen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, also die Zeitungsichte, betrachtet: hier sind uns die Schweiz und Dänemark überlegen. Von 500 Schweizer Tageszeitungen trifft eine auf 8000, von 272 Zeitungen Dänemarks eine auf 13 000 Einwohner. Immerhin folgt Deutschland in nicht zu großem Abstand: da hier eine Zeitung auf 18 700 Einwohner entfällt. Dagegen kommt in den Vereinigten Staaten mit ihren 1942 Zeitungen erst auf 61 000 Einwohner eine Zeitung. Dies alles ist freilich noch nicht so aufzufassen, als wäre in Deutschland das Zeitungswesen viel verbreiteter als anderwärts. Denn die Aufschlagseite mancher ausländischen Blätter übertrifft bei weitem diejenige der deutschen. An der Spitze stehen hier „Daily Mail“ mit einer Auflage von 2 Millionen und „Petit Parisien“ mit wertschätzlich 400 000 und Sonntags 1 800 000 bis 2 Millionen Stück. Demgegenüber bleibt die verbreitetste deutsche Zeitung, die „Berliner Morgenpost“, mit 600 000 Exemplaren weit zurück.

Hilferuf der freien Schriftsteller. Der Schutzverband deutscher Schriftsteller richtete an den Verband deutscher Zeitungsverleger und an den Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe das Ersuchen, gemeinsame Beratungen mit ihm zu pflegen zur Besserstellung und Rettung der freien Schriftsteller und Mitarbeiter, da diese wichtige Schicht geistiger Arbeiter vom Untergang bedroht ist.

Polnische Pressejustiz. Vor dem Kattowitzer Bürgergericht gelangte wieder eine ganze Serie von Presseprozessen zur Verhandlung. Ein Teil der Prozeßsachen wurde auf besonderen Antrag verurteilt, bei andern kam es teils zu Freisprüchen, teils zur Verurteilung zu hohen Geldstrafen; in drei Fällen aber erkannte das Gericht auf größere Freiheitsstrafen. Es erhielt der verantwortliche Redakteur der „Tribuna Slonska“, Wopisch, für einen Artikel drei Monate Gefängnis; das Gericht nahm Aufzwingung bzw. Aufweigerung als vorliegend vor. Zwei Monate Gefängnis erhielt der Redakteur Katowice vom „Wolszowien“ für einen Artikel „Verhöhnung oder Ausrottung“, der sich mit der Winderheitsfrage beschäftigte und durch den sich der Wojewode Grajanstki beleidigt fühlte. Schließlich erhielt der Redakteur Kroczyk vom „Oberhiesischen Kurier“ für einen Artikel „Magistrat Kattowitz — ein Sumpf“ einen Monat Gefängnis. Wegen angeblicher Beleidigung des Wigastarosten erhielt der verantwortliche Redakteur Kaniast vom „Nowy Kurier“ in Polen drei Monate Gefängnis. — Das Erscheinen der Tageszeitungen „Rozwoj“ in Lodz und „Dziennik Wileński“ in Wilna ist von den Gerichten verboten worden. Wegen Vorbereitung eines neuen Blattes ist auch die Druckerei der letztgenannten Zeitung geschlossen worden.

Deutsche Buchhandlungen im Ausland. Dem deutschen Buchhandel gehören rund 11 700 Firmen an. Diese Firmen haben in 2265 Orten ihren Sitz. 9044 Buchhandlungen (in 1610 Orten) entfallen auf Deutschland. Mit 588 Firmen (73 Orten) ist der deutsche Buchhandel in Österreich vertreten. Die übrigen Zahlen sind: 324 Firmen (72) Schweiz, 1627 Firmen (450) übrige europäische Staaten. In Amerika gibt es 127 deutsche Buchhandlungen in 40 Orten. In Asien zählt der deutsche Buchhandel 21 Firmen (12 Orte), in Afrika 13 Firmen (8 Orte). Nur in Australien ist der deutsche Buchhandel nicht vertreten.

Weiterer Preisabbau im Buchhandel. Auch im Monat Oktober, der in früheren Jahren als der Monat der Höchstproduktion am Büchermarkt galt, ist die Neuproduktion wieder weit hinter der des Vorjahres zurückgeblieben. Ebenso liegt auch der Durchschnittspreis erneut noch niedriger. Dieser Preisabbau, der bereits seit 1929 im Gange ist, für einige Sparten aber erst 1930 oder in diesem Jahre eingeleitet hat, wird erst jetzt in stärkerem Ausmaße bemerkbar.

Schiedspruch für den Ruhrbergbau. In den Verhandlungen über die Höhe im Ruhrbergbau am 26. November wurde durch die Schlichterkammer mit den Stimmen der Arbeitervertreter ein Schiedspruch gefällt, wonach das bestehende Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1931 verlängert wird. (Die Bergarbeiter haben bereits zwei Lohnabnahmen über sich ergehen lassen müssen.) Von den Unternehmern wurde der Schiedspruch abgelehnt. Dagegen beantragten die Gewerkschaften seine Verbindlichmachung, die inzwischen auch erfolgt ist.

Die Zahl der Großenpensionäre in Deutschland. Im Haushaltsausfluß des Reichstages gab Reichsfinanzminister Dietrich bekannt, daß heute nach einer zweimaligen Kürzung noch 579 Personen eine Pension beziehen, die den Betrag von 12 000 M. übersteigt. Diese ausgeführten Pensionen über 12 000 M. werden an Personen aus der alten und neuen Wehrmacht, der Reichspost, der Reichsbahn und der Reichsbehörden gezahlt. Nicht aufgeführt sind die Pensionen, die an ehemalige Gemeindebeamte bezahlt werden. Es ist gewiß empfindend, daß eine so große Zahl Großenpensionäre aus Mitteln des Volkshauses unterhalten werden muß, aber noch empfindlicher ist die Tatsache, daß viele dieser Ruhestreifer zu den geschworenen Feinden der Deutschen Republik zu rechnen sind.

### Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Postenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Wertung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

- Eintruckschriftsatz für die Patentanmeldungen 6. Jahrgang 1932. Patentanmeldungen (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 5. November 1931):
A. 15a Nr. 113 729 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 730 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 731 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 732 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 733 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 734 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 735 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 736 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 737 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 738 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 739 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 740 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 741 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 742 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 743 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 744 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 745 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 746 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 747 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 748 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 749 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.
A. 15a Nr. 113 750 Verengbarer Klotzbohrer Compagny, Broof.

